

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

17. WP - 48. Sitzung

am Dienstag, dem 27. März 2012, 12 Uhr
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Klaus Klinckhamer (CDU)

Vorsitzender

Dr. Michael von Abercron (CDU)

Hauke Göttsch (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Lothar Hay (SPD)

Peter Eichstädt (SPD)

i. V. v. Sandra Redmann

Marion Sellier (SPD)

i. V. v. Detlef Buder

Carsten-Peter Brodersen (FDP)

Günther Hildebrand (FDP)

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Christopher Vogt (FDP)

Fehlende Abgeordnete

Herlich Marie Todsens-Reese (CDU)

Ranka Prante (DIE LINKE)

Flemming Meyer (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

T a g e s o r d n u n g:	Seite
1. Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand bezüglich der geplanten Astbestmülltransporte	3
Antrag der Abgeordneten Sandra Redmann (SPD) Umdruck 17/3885	
(teilweise nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO)	
2. Verschiedenes	5

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 12:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand bezüglich der geplanten Astbestmülltransporte

Antrag der Abgeordneten Sandra Redmann (SPD)

[Umdruck 17/3885](#)

St Rabijs verweist zunächst auf die Information im Umwelt- und Agrarausschuss am 29. Februar 2012. Sodann berichtet er, in der Zwischenzeit habe es ein Schreiben der Eigentümerin der Halde in Wunstorf gegeben, das zuständigkeitshalber an die betroffenen Kreise weitergeleitet worden sei. Angekündigt sei ein Transport ab dem 16. April zur Deponie Ihlenberg. In dem Schreiben sei um Bestätigung gebeten worden, dass dieser Transport rechtmäßig sei, sowie um die Erteilung eines rechtsmittelfähigen Bescheides. Das verdichte die Vermutung, dass die Angelegenheit auf dem Rechtswege geklärt werden solle.

Die Auffassung der schleswig-holsteinischen Landesregierung habe sich nicht geändert. Sie halte derartige Transporte nicht für rechtmäßig. Dies habe sie immer wieder betont, auch in Schreiben gegenüber der Niedersächsischen Landesregierung, der Eigentümerin und der beauftragten Firma. Das Wirtschaftsministerium habe in dieser Angelegenheit mit Schreiben vom 23. März formlos die Einschätzung des Umweltministeriums bekräftigt und darauf hingewiesen, dass sich die schleswig-holsteinische Landesregierung im Wege der Überwachung vorbehalte, geeignete Maßnahmen anzuordnen.

Abg. Eichstädt begrüßt die Haltung der Landesregierung und erklärt, seine Fraktion teile die Rechtsauffassung der Landesregierung. Er stellt sodann eine Frage hinsichtlich einer möglicher Annahme der Abfälle in der Deponie Rondeshagen. St Rabijs verweist dazu ebenfalls auf seine Ausführungen in der Sitzung am 29. Februar. Er erklärt, dass es nach wie vor keinen Annahmevertrag gebe. Für die Deponie Rondeshagen bestehe also keine Veranlassung, die Abfälle abzunehmen.

Auf Antrag der Abg. Fritzen unterbricht der Ausschuss die öffentliche Sitzung von 12:12 bis 12:25 Uhr, um in nicht öffentlicher Sitzung zu tagen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Redmann bittet um schriftliche Information über eine vermeintliche Förderung für eine Kampagne zum Anbau von Mais (siehe [Umdruck 17/3904](#)).

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 12:30 Uhr

gez. Klaus Klinckhamer
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin